

## Beschluss: Aufbruch vom Jahr der Krisen ins Jahrzehnt des Aufstiegs

### Die Vierfach-Krise erfordert eine neue Prioritätensetzung: Arbeitsplätze, Bildung, Chancen

(vorbehaltlich der Überprüfung des Wortprotokolls)

Das Jahr 2020 wird als Jahr der Krisen in die Geschichtsbücher eingehen. Die weltumspannende Corona-Pandemie ist dabei Ausgangspunkt einer **Vierfach-Krise**. Die neuartige COVID-19-Krankheit mit ihren teilweise tödlichen und schwerwiegenden Verläufen hat die gesamte Menschheit schwer getroffen. Sie hat eine **Gesundheitskrise** ausgelöst, die viele Menschenleben gekostet und großes Leid, körperliche und seelische Belastungen verursacht hat. Für viele Menschen hat sie unvorstellbare negative Auswirkungen auf ihr alltägliches Leben mit sich gebracht. In Deutschland sind die Gesundheitskrise und das Infektionsgeschehen zum jetzigen Stand [September 2020] zwar beherrschbar, aber noch immer virulent und gefährlich.

Die Pandemie und die notwendigen Gegenmaßnahmen des Lockdowns haben zugleich die größte **Wirtschaftskrise** in der deutschen Nachkriegsgeschichte verursacht. Eine wirtschaftliche Erholung ab dem Jahr 2021 erscheint zwar möglich, ist aber unsicher. Die weltweite Entwicklung der Pandemie ist nicht vorhersehbar. Wie kaum ein anderes Land ist Deutschland von intakten Weltmärkten abhängig.

Die Wirtschaftskrise bringt auch eine **Jobkrise** mit sich: Die Bundesagentur für Arbeit geht von aktuell 640.000 corona-bedingten Arbeitslosen aus, nach Ablauf der ausgesetzten Insolvenzantragspflichten droht eine Insolvenzwelle insbesondere im Mittelstand mit weiteren Arbeitsplatzverlusten. Das Überschreiten der Drei-Millionen-Marke bei der Arbeitslosigkeit steht kurz bevor, Szenarien mit vier Millionen Arbeitslosen sind nicht auszuschließen. Bereits heute haben Unternehmen über 12 Millionen Beschäftigte für Kurzarbeit angemeldet – mehr als je zuvor.

Gleichzeitig kündigt sich eine **Chancenkrise** an: Die Geschäftsmodelle vieler Kleinbetriebe, Solo-Selbstständiger, Künstlerinnen und Künstler und Kreativer sind ohne eigenes Verschulden zerstört worden. Neugründungen gehen massiv zurück, Mittelständler leiden unter Nachfrageschocks und massiv gestörten globalen Wertschöpfungsketten. Gleichzeitig geht die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze deutlich zurück. Unter der Schließung von Kitas, Schulen und Weiterbildungseinrichtungen leiden besonders diejenigen, deren Bildungschancen in Deutschland ohnehin eingeschränkt sind. Doch die Chancen-Krise erstreckt sich auf alle jungen Menschen, da längere Phasen von Unterrichtsausfall - insbesondere in staatlichen Schulen - zu deutlichen Kompetenzverlusten führen.

In einer vernetzten Weltwirtschaft sind gleiche Chancen und ein Aufstiegsversprechen immer auch verbunden mit der Freiheit, nicht durch Grenzen aufgehalten zu werden. Kein Zukunftsversprechen kann im 21. Jahrhundert deshalb ohne eine mindestens europäische Perspektive glaubwürdig sein. Keine Wirtschafts- und Sozialpolitik kann funktionieren, ohne sie europäisch einzubetten. Im Ausbruch dieser Pandemie hat aber gerade die Kooperation innerhalb der EU fast völlig versagt. Nationale Egoismen, politische Eitelkeiten und voreilige und zum Teil unsinnige Grenzsicherungen, selbst zwischen Schengen-Staaten, bestimmten für Monate das politische Tagesgeschäft. Das Management dieser Krisen wird uns aber nicht auf nationaler Ebene gelingen - zu viele der Einflussfaktoren bedingen sich international und setzen gemeinsames Handeln der Mitgliedsstaaten der EU, der WTO und der Organisationen der Vereinten Nationen voraus. Bei manchen, wie der Entwicklung von Medikamenten oder Impfstoffen, sind wir womöglich gar auf Produkte anderer Länder angewiesen. In der Bekämpfung der Pandemie und dem Wiederaufbau der Wirtschaft liegt daher auch eine unglaubliche Chance für einen europäischen Aufbruch und weltweit bessere Zusammenarbeit. Die globale Informationsgewinnung, ihre neutrale, von politischen Interessen befreite Bewertung und eine Strategie der weltweit einheitlich koordinierten Bekämpfung von entstehenden Hotspots ist nicht nur eine lange, auch von der Bundesregierung vernachlässigte Aufgabe der Prävention. Gerade auch in der Bewältigung eines Ausbruchs sind sie von unverzichtbarer Bedeutung.

In **gemeinsamer Übernahme von Verantwortung** hatten die staatstragenden Parteien in Regierung und Opposition im März 2020 im Deutschen Bundestag eine epidemische Lage von nationaler Tragweite sowie ein erstes Hilfsprogramm beschlossen. Der Beschluss, dass in diesem Hilfspaket Solo-Selbständige auf das Antragsverfahren aus der Grundsicherung verwiesen wurden, sowie die Tatsache, dass alle mittelständischen Unternehmen in der Größe von 10 bis 250 Mitarbeitern ausgeschlossen wurden, stellt sich als folgenreicher Fehler dar. Aber die Corona-Krise prüft nicht nur die Handlungsfähigkeit, sondern auch **die Prinzipien und Institutionen unserer liberalen Demokratie**. Als Freie Demokraten treten wir entschieden dafür ein, dass staatliches Handeln unbedingt durch die Prinzipien des Rechtsstaates gebunden und legitimiert wird, besonders die Gewaltenteilung. Wir Freien Demokraten achten strikt auf den vom Bundesverfassungsgericht festgeschriebene **Parlamentarvorbehalt für wesentliche Eingriffe in die Grund- und Bürgerrechte**, etwa beim Versammlungsrecht, bei der Freizügigkeit oder bei der Religionsfreiheit. Dass der Parlamentarvorbehalt bei vielen staatlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Infektionsschutz während der Corona-Krise nicht hinreichend beachtet worden ist, ist inakzeptabel. Auch die mit einer „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ im März begründete, pauschal auf ein Jahr angesetzte massive Ausweitung der Kompetenzen des Gesundheitsministers stetig vom Bundestag überprüft und wieder ausgesetzt werden können. Regierung durch Verordnung muss die absolute, auf den Notstand begrenzte Ausnahme bleiben.

**Gerade in der Krise stehen wir für ein offen debattierendes, selbstbewusstes Parlament ein.** Die beste Antwort auf Verunsicherung, Infodemie und Verschwörungsmythen sind öffentliche Begründung, kritische Beratung und transparente Rechenschaftslegung. Parlamentarische Debatten über Für und Wider rationalisieren die öffentliche Diskussion, führen zu besseren Lösungen, schützen vor unverhältnismäßigen Grundrechtseingriffen und stärken das Vertrauen in unsere liberale Demokratie. Wir erwarten besonders von den Regierungsfractionen, auch in Notlagen das Haushaltsrecht zur Kontrolle der Exekutive zu nutzen. Es ist nicht ihre Aufgabe, Wunschlisten der Regierung durchzuwinken.

**In der Krise zeigt sich auch die Bedeutung der Wissenschaft für gut informierte Entscheidungen.** Für uns sind wissenschaftliche Erkenntnisse unverzichtbare Grundlage, aber nicht Ersatz politischer Beratung. Wissenschaftliche Beiträge dienen vielmehr der demokratischen Aufklärung. Dabei müssen wir die Wissenschaft auch vor Vermachtung und Politisierung schützen.

Zum jetzigen Stand [September 2020] ist die Gesundheitskrise nach wie vor ernst, aber insbesondere auch durch den Aufbau von zusätzlichen Test- und Behandlungskapazitäten im Gesundheitssektor, neu gelernten Hygienestandards und Instrumenten für regionale Gegenmaßnahmen bei Infektionsausbrüchen beherrschbar. Wenn man von einzelnen Fehlern wie beispielsweise den Verzögerungen und Pannen bei der „Corona-Tracing-App“ oder der unterbliebenen Weitergabe von Testergebnissen in Bayern einmal absieht, treffen die Regierungen von Bund und Ländern weitgehend richtige Maßnahmen zur Bekämpfung der Gesundheitskrise.

Schon bei der Eindämmung der Wirtschaftskrise hat die Bundesregierung jedoch Chancen vertan: So wurde zum Beispiel versäumt, mit einer negativen Gewinnsteuer früh ein einheitliches, unbürokratisches und wirksames Instrument zur schnellen Liquiditätshilfe für den Mittelstand einzuführen. Mit dem **Konjunkturprogramm vom Juni 2020 setzt die Große Koalition falsche Prioritäten**: teure und nicht konsistente Einzelmaßnahmen anstelle von langfristig wirksamen Entlastungen, Strukturreformen und Zukunftsinvestitionen. Mehr noch: Im Windschatten der Corona-Krise werden teure und ineffiziente Lieblingsprojekte wie die Grundrente der SPD mitbeschlossen, obwohl sie weder das Problem der Altersarmut noch den Wirtschaftsabschwung bekämpfen. Die bereits bestehende Wirtschaftskrise, die zunehmende Jobkrise und auch die drohende Chancenkrise werden dadurch nicht überwunden.

Denn erstens wirken Einzelmaßnahmen wie die temporäre Absenkung der Mehrwertsteuer nur als kurzfristiges und bürokratisches Strohfeuer. Zweitens sind die Ausgabenprogramme schuldenfinanziert. Auf Dauer allerdings lässt sich unsere Volkswirtschaft nicht mit Schulden am Leben halten. Außerdem werden Perspektiven und Handlungsspielräume zukünftiger Generationen eingeschränkt. Drittens war eine Abkühlung der Beschäftigungs- und Wachstumsdynamik schon vor der Corona-Pandemie zu beobachten. Die Abwicklung der Agenda-2010-Reformen durch die Große Koalition

und das Ausbleiben struktureller Reformen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze haben Deutschlands Reformpolster aufgezehrt.

Das Ausbleiben struktureller Reformen als Grundlage für die Digitalisierung sowie mangelnde Zukunftsinvestitionen in Bildung, Infrastrukturen und Chancen für individuellen Wohlstand **untergraben unsere Wettbewerbsfähigkeit, verringern die Chancen auf Aufstieg und Wohlstand und bremsen die Leistungsbereitschaft in der Mitte der Gesellschaft.** Durch die Maßnahmen zur Milderung der Folgen der Pandemie sind enorme Schulden aufgetürmt worden. Sobald die Wirtschaft wieder Boden gefunden hat und erneut in eine Phase von Wachstum übergegangen ist, muss sehr diszipliniert und geplant die Rückführung der Verschuldung und damit die Rückkehr zu soliden Finanzen sowie damit die Sanierung der öffentlichen Haushalte in Angriff genommen werden. Das wird künftig eine der primären Aufgaben der Finanzpolitik sein müssen.

Wir Freien Demokraten sehen in der Krise auch die Chancen zu einem neuen Aufbruch für unser Land. Die Wucht der Pandemie deckt den Reformbedarf für Wirtschaft und gute Arbeit sowie Bildung und Selbstbestimmung für alle Lebenslagen auf. Wer zurück in die alte Normalität will, zerstört die Substanz, von der wir derzeit zehren. Schon jetzt profitieren wir von wichtigen und dringlichen Lern- und Veränderungsprozessen, etwa in der Digitalisierung. Wir wollen mehr davon: Die beste Antwort auf diese schwere Wirtschaftskrise ist es, jetzt ein neues Wirtschaftswunder zu ermöglichen. Gegen rechte Restauration, konservative Bewahrung, grüne Romantik und linke Revolution setzen wir Liberale unser Vertrauen in die Verantwortung, Kreativität und Leistungsbereitschaft der Menschen, unsere Republik krisenfest für das kommende Jahrzehnt zu machen. Wer dieses Vertrauen in die Menschen verliert, verliert am Ende auch die Freiheit.

### **Soziale Marktwirtschaft: Grundlage für die Erneuerung des Aufstiegsversprechens**

Die Stärke, mit der Deutschland auf die Krise reagieren konnte, beruht nicht zuletzt auf der Stärke der Sozialen Marktwirtschaft, auf der Kraft der Vielen und einem Staat, der handlungsfähig seine Kernaufgaben wahrnimmt, ohne seine Rolle als Schiedsrichter aus dem Blick zu verlieren. Es wäre fatal, wenn wir diese Werte- und Wirtschaftsordnung durch Detailsteuerung und staatlichen Dirigismus schwächen und uns der Grundlagen für künftigen Wohlstand, Beschäftigung und sozialen Ausgleich berauben.

Wir Freie Demokraten setzen auf die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft, denn der Markt kann vieles besser als der Staat: **In Deutschland steckt das Potenzial für einen Aufbruch aus dem Jahr der Vierfach-Krise in ein Jahrzehnt des Aufstiegs.** Dafür müssen wir die in uns liegenden Kräfte entfesseln: In den Menschen und in den Betrieben. In Gründerinnen und Gründern, Beschäftigten und Unternehmerinnen und Unternehmern. In Schülern und in Forschern. In Arbeitsuchenden und Arbeitgebern.

Deshalb müssen die Prioritäten auf **Arbeitsplätze, Bildung und Chancengesetz** werden: Wir benötigen **erstens Vorfahrt für Arbeitsplätze durch eine Stärkung**

**marktwirtschaftlicher Mechanismen** und die **Entfesselung der Beschäftigungsdynamik:** Für die Zukunftssicherung bestehender Arbeitsplätze. Für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Wir benötigen **zweitens einen Kraftakt für die Bildung:** Von der frühkindlichen Bildung über die Schule bis zum lebenslangen Lernen muss unser Anspruch endlich wieder die Weltspitze sein. Denn wir wollen die Krise nicht nur kurzfristig überbrücken, sondern langfristig lösen und gestärkt aus ihr hervorgehen.

Wir benötigen **drittens ein Chancenpaket:** Das Vertrauen der Menschen in das Aufstiegsversprechen muss erneuert werden: Wenn sich wieder mehr Chancen bieten, Eigentum, Absicherung für das Alter und Wohlstand durch eigene Leistung zu erreichen, können in Deutschland eine Leistungsbereitschaft und eine Kraft erwachsen, die noch viel stärker als jedes Konjunkturprogramm und jede staatliche Maßnahme wirken. Für diesen Aufbruch schlagen wir Freie Demokraten ein Maßnahmenpaket in den Bereichen Arbeitsplätze, Bildung und Chancen vor:

## **1. Arbeitsplätze erhalten, Beschäftigung der Zukunft gestalten, neue Jobs schaffen**

Die Meldungen zu Entlassungen und Jobverlusten mehren sich und bieten düsterere Aussichten für den Arbeitsmarkt. Die IG Metall befürchtet auf Grund des Zusammenwirkens von Corona-Pandemie und Strukturanpassungen einen Verlust von 300.000 Arbeitsplätzen alleine in der Metallindustrie. Quer durch alle Branchen melden mittlere und große Unternehmen im Wochentakt neuen Stellenabbau oder Einstellungsstopps.

Im Gegensatz zur Wirtschafts- und Finanzkrise vor mehr als zehn Jahren schlagen die Krisen besonders stark auch im Dienstleistungssektor ein: Etwa in den Bereichen Gastronomie, Beherbergungsgewerbe, Kultur- und Kreativwirtschaft, Gesundheits- und Kosmetikdienstleistungen, Tourismus, Schausteller oder Veranstaltungsgewerbe leiden Betriebe und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter massiv unter der Corona-Pandemie und den weiterhin notwendigen Schutzmaßnahmen.

Besonders betroffen ist auch die Landwirtschaft, die neben der Problematik ausreichend Erntehelfer zu finden, vor allem auch durch klimatische Bedingungen der vergangenen Jahre schon wirtschaftliche Einbußen hinnehmen musste. Wir fordern gleiche Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Landwirtschaft und europaweit einheitliche Standards.

Mit Auslaufen der ausgesetzten Insolvenzantragspflichten **droht ein wahrer Insolvenz-Schock** über alle Wirtschaftssektoren hinweg. Laut einer Studie des Münchner ifo-Instituts befürchtet **jeder fünfte deutsche Unternehmer eine Insolvenz** in Folge der Corona-Pandemie. Beschäftigung ist jedoch nicht nur eine volkswirtschaftliche Kennzahl. Arbeitsplätze bedeuten individuelle Schicksale, die Versorgung einer Familie, Engagement für Aufstieg und Wohlstand, Zukunftspläne und -vorsorge, Verankerung in

der Gesellschaft. Beschäftigung ist außerdem die Basis für unseren volkswirtschaftlichen Wohlstand, für wirtschaftliche Dynamik sowie für unternehmerischen Erfolg. Und sie ist ein Fundament der Finanzierung unseres Staatswesens und unseres leistungsfähigen Sozialstaats.

Aus der durch ausbleibenden Reformwillen und die corona-bedingte Wirtschaftskrise hervorgehenden **Jobkrise darf deshalb keine Job-Katastrophe** werden. Kurzarbeit und Finanztransfers reichen nicht dafür aus, Arbeitsplätze langfristig zu sichern. Vor allem tragen sie nicht zur zukunftsfähigen Gestaltung von Arbeitsplätzen und zur Entstehung neuer und innovativer Jobs bei.

Wenn wir dagegen die Mechanismen der Sozialen Marktwirtschaft wirken lassen und stärken, können wir die in uns steckende Kraft **für ein neues Beschäftigungs- und Wirtschaftswunder entfesseln**: Durch die Entlastung von Bürokratie und Kosten. Durch beschäftigungsfördernde Rahmenbedingungen. Durch mehr Augenmerk auf kleine und mittelständische Betriebe, das Handwerk sowie Selbständige. Durch Priorität für Zukunftsinvestitionen. Und durch ein neues Gründungs- und Innovationsklima.

- Wir Freie Demokraten stellen insbesondere die Interessen des Mittelstands in den Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik. Der Mittelstand ist maßgeblicher Motor und Taktgeber für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in unserem Land.
- Wir Freie Demokraten schlagen einen sofortigen Bürokratie-Stopp bis Ende 2021 vor. Das bedeutet, dass jedes nicht auf Grund höherer dazu verpflichtender Rechtsgüter erforderliche Gesetzes- oder Verordnungsvorhaben, für das der Nationale Normenkontrollrat eine Nettobelastung der Wirtschaft mit Bürokratiekosten ausweist, zunächst bis Ende des Jahres 2021 zurückgestellt wird.
- Der Bürokratie-Stopp muss durch eine Bürokratieabbau-Offensive ergänzt werden. Wenn Unternehmensgründungen an einem einzigen Tag erledigt werden können, wenn der stationäre Einzelhandel zum Beispiel an zwölf und perspektivisch an allen Sonntagen im Jahr öffnen darf, wenn mittelständische Betriebe durch den Abbau von Dokumentationspflichten entlastet werden, wenn ehrenamtliches Engagement von Bürokratie befreit wird, wenn Planungs- und Genehmigungsverfahren digitalisiert und deutlich beschleunigt werden: Dann wird davon ein erheblicher Impuls auf die Beschäftigungs- und Wachstumsdynamik in Deutschland ausgehen.
- Die öffentliche Hand muss als fairer Auftraggeber handeln. Investitionen der öffentlichen Hand haben in Krisenzeiten einen wichtigen Stabilisierungseffekt. Dabei kommt es jedoch darauf an, dass sich die öffentliche Hand als fairer und verlässlicher Vertragspartner verhält. Die Zahlungsmoral war in der Vergangenheit nicht immer vorbildlich. Dienstleister, Handwerks- und Baubetriebe leiden darunter besonders stark. Offene Rechnungen können Liquidität und Arbeitsplätze massiv gefährden. Deshalb benötigen wir jetzt eine Zahlungsmoral-Offensive der öffentlichen Hand. Zugleich müssen die Vergabeschwellenwerte für 2020 und 2021 erhöht werden, damit

Investitionen schneller umgesetzt werden.

- Wir brauchen endlich den digitalen Durchbruch. Die zügige digitale Transformation von Wirtschaft und Verwaltung ist Grundvoraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit und den zukünftigen Wohlstand unseres Landes. Dennoch hinkt Deutschland hier systematisch hinterher. Insbesondere bei der Digitalisierung der Verwaltung und beim Ausbau hochleistungsfähiger digitaler Infrastruktur ist Deutschland laut offizieller Rankings eines der Schlusslichter Europas. Die öffentliche Verwaltung muss ihre Arbeitsprozesse sowie ihre Schnittstellen zur Wirtschaft und Gesellschaft unseres Landes mit deutlich mehr Tempo und Innovationsgeist als bisher digitalisieren und, wo immer möglich, automatisieren. Planungs- und Vergabeprozesse beim Ausbau der digitalen Infrastruktur müssen beschleunigt und entbürokratisiert werden. Ohne hochleistungsfähiges Internet ist eine tiefgreifende und flächendeckende digitale Transformation in unserem Land schlicht nicht möglich. Um diese Anliegen mit der ihnen gebührenden Dringlichkeit voranbringen zu können, braucht es politischen Willen und eine Bündelung von Kompetenzen. Wir wollen ein Ministerium für digitale Transformation und Innovation einrichten, welches mit eigener Budgetverantwortung und dem notwendigen personellen Unterbau 1) digitale Kernthemen, wie den Ausbau der digitalen Infrastruktur oder die digitale Transformation der Verwaltung, stringent vorantreiben kann, 2) bei digitalen Fachthemen, wie der Digitalisierung der Lehre oder des Gesundheitswesens, koordinierend und beratend tätig werden kann und 3) digitale Zukunftsthemen schneller erkennen und vorausdenken kann, damit Deutschland nicht wieder den Anschluss verliert. Analog zum Finanzvorbehalt des Finanzministeriums, sollte das Digitalministerium mit der Kompetenz ausgestattet werden, einen Digitalvorbehalt bezüglich aller neuen Gesetze, die den Digitalbereich berühren, äußern zu können.
- Wir Freie Demokraten fordern eine wirtschafts- und steuerpolitische Kurskorrektur. Auch hier muss gelten: Vorfahrt für Arbeitsplätze. Durch gezielte Entlastungen können starke Impulse für eine neue Beschäftigungs- und Wachstumsdynamik entstehen. Im ersten Schritt schlagen wir die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß, die sofortige und rückwirkende vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags und eine durchgreifende Reform der Unternehmensbesteuerung vor. In diesem Rahmen sollte die Körperschaftssteuer auf 12,5 Prozent abgesenkt werden, um Anreize für Investitionen und die Nachfrage nach Arbeitskräften zu setzen. Die Grenze für Sofortabschreibungen geringwertiger Wirtschaftsgüter sollte auf 1.000 Euro erhöht und zeitlich befristet durch eine Sofortabschreibung von bis zu 2.000 Euro bei digitalen Wirtschaftsgütern sowie die Möglichkeit zur degressiven Abschreibung für alle beweglichen Wirtschaftsgüter ergänzt werden. Mit einer steuerlichen Forschungsprämie wird die Innovationskraft in Deutschland gesteigert. Die

Rücknahme der Vorfälligkeit der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen verringert nicht nur den bürokratischen Aufwand, sondern entlastet viele Unternehmen unmittelbar. Mit diesem Korrektur-Programm erreichen wir einen zusätzlichen Innovationsschub, der Investitionen erleichtert und Wachstumsimpulse setzt.

- Wiedereinstellungen erleichtern: Aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung scheuen sich Unternehmen vor Wiedereinstellungen zuvor befristet Beschäftigter. Mit einer zeitlich begrenzten Aussetzung des Vorbeschäftigungsverbot es können für viele Unternehmen die Hemmschwellen für Wiedereinstellungen gesenkt werden.
- Aber auch der Weg aus der Arbeitslosigkeit in den Job muss einfacher werden. Daher fordern wir die Hinzuverdienstgrenzen deutlich zu verbessern, indem wir die ersten 100 Euro anrechnungsfrei lassen, die weiteren Grenzen werden prozentual nach Einkommen gestaffelt. Für die Betroffenen wollen wir keine Almosen verteilen, sondern neue Chancen schaffen. Neben vielen weiteren, darf der Staat insbesondere in diesen Fällen nicht die Hand aufhalten. Ein großer Fehler im aktuellen System ist, dass Hartz IV-Karrieren vererbt werden. Für Kinder in Hartz IV-Familien wollen wir die Freibeträge deutlich erhöhen. Ihr neben der Schule hart verdientes Geld gehört ihnen selbst und nicht dem Staat.
- Europäische Kräfte positiv nutzen: Wir Freie Demokraten bekennen uns zu den positiven Kräften Europas durch Freihandel und offene Grenzen auch in der Krise. Um Unternehmen Planungssicherheit zu geben, sind Grenzschießungen sowohl für den Güterverkehr als auch für Arbeiternehmerinnen und Arbeiter nur die allerletzte Option bei steigenden Fallzahlen. Stattdessen fordern wir eine Harmonisierung des Grenzverkehrs und einen europäischen Austausch über Maßnahmen wie Tests und Apps, um so gemeinsame europäische Wege zum Wohle der Menschen und zur Stabilität der Unternehmen zu beschreiten.
- Wir Freie Demokraten schlagen die Revitalisierung der Kräfte der Sozialen Marktwirtschaft durch eine "Wirtschaftswunder-Strategie" vor. Wir müssen uns dafür auf die Mechanismen besinnen, die den Beschäftigungs- und Wachstums-Boom nach Gründung der Bundesrepublik und auch den Erfolg der Agenda-Reformen maßgeblich ermöglicht haben: Durch die Entfesselung der Kräfte, die in leistungsbereiten Menschen, im fairen Wettbewerb, in der Innovationskraft unserer Wirtschaft und im Potenzial auch junger Unternehmen und Neugründungen liegen. Dazu bedarf es zum einen einer umfassenden Innovationsoffensive auf den Feldern Künstliche Intelligenz, Biotechnologie, CleanTech und Raumfahrt, zum zweiten einer Gründer- und Unternehmeroffensive, die neue Innovationsräume und neue Selbständigkeit schafft sowie Start-ups und innovativen Mittelständlern durch neue und erweiterte Formen der Wagniskapitalfinanzierung Wachstums- und Zukunftsperspektiven in Deutschland eröffnet. Der Staat muss dafür Handlungsfähigkeit in seinen Kernaufgaben zeigen und sich gleichzeitig wieder stärker auf die Rolle eines Schiedsrichters konzentrieren.

Staatliche Beteiligungen sind damit unvereinbar. Mit einer gesetzlich verankerten Beteiligungsbremse wollen wir Ineffizienzen und Wettbewerbsverzerrungen verhindern. Neue Staatsbeteiligungen sollen nur dann möglich sein, wenn bereits bestehende Beteiligungen abgebaut werden. Außerdem fordern wir verbindliche Ausstiegsklauseln bei Staatsbeteiligungen, eine verfassungsrechtliche 50-Prozent-Höchstgrenze für die Steuerbelastung jedes Menschen und eine Absenkung der Staatsquote auf 40 Prozent bis zum Ende dieses Jahrzehnts. Auch die im Rahmen des Corona-Konjunkturpaketes angestrebte Sozialabgabenquote von 40 Prozent muss langfristig und verbindlich festgeschrieben werden. Mit dem Verkauf seiner Anteile an der Deutschen Post und Telekom wird der Staat nicht nur seiner Schiedsrichterrolle gerecht, sondern kann auch die Erlöse zielgerichtet in den Ausbau der digitalen Infrastruktur investieren.

- Wir Freien Demokraten haben klargemacht, dass wir ehrgeizige Klimaziele für Deutschland und Europa verfolgen, dabei aber auch eine versorgungssichere und bezahlbare Energieversorgung erreichen wollen, die einer modernen, industrialisierten und exportorientierten Volkswirtschaft gerecht wird. Wir setzen dabei auf die Kreativität der Entwickler, Ingenieure und Unternehmer sowie die Kräfte des Marktes. Ausbaukorridore, Technologie-Verbote oder Technologieauswahl durch die Politik führen letztlich zu schlechten Lösungen. Darüber hinaus bietet eine marktwirtschaftliche und technologieoffene Energiepolitik mit einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung für alle Bereiche eine echte Chance, mit innovativen, klimafreundlichen Produkten und Dienstleistungen eine globale Führungsposition einzunehmen und damit Arbeitsplätze zu schaffen. Der Zertifikate-Preis muss neue Geschäftsmodelle ermöglichen und damit ein wichtiger Investitionsmotivator werden. Deswegen setzen wir Freie Demokraten auf die Ausweitung des EU-Emissionshandels mit einem strikten CO<sub>2</sub>-Limit. Liberale Klimapolitik ist strikt am Ziel orientiert, das Pariser Abkommen umzusetzen.
- Für zukunftssichere Jobs von heute und neue Jobs von morgen muss stärker in die Zukunft investiert werden. Die Sozialausgaben des Bundes liegen bei über 50 Prozent – mit steigender Tendenz. Die Investitionsquote des Bundes liegt dagegen nur zwischen 10 und 11 Prozent. Wir Freie Demokraten fordern, die Investitionsquote des Bundes in diesem Jahrzehnt kontinuierlich auf 15 Prozent zu erhöhen. Die zusätzlichen Investitionen müssen vorrangig für Digitalisierung, Bildung, Technologien wie Künstliche Intelligenz, Forschung und Entwicklung, Infrastrukturen und Klimaschutz durch Innovation unter Einschluss von Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen genutzt werden.
- Wir Freie Demokraten schlagen ein vereinfachtes und kostengünstiges Schutzschirmverfahren für insolvenzbedrohte Unternehmen vor, indem die EU-Restrukturierungs-Richtlinie schnellstmöglich in nationales Recht umgesetzt wird. Unser Ziel ist es, insbesondere kleinen und mittelgroßen Unternehmen einen niedrighwelligen und möglichst kostengünstigen Zugang zu vorinsolvenzlichen

Sanierungsinstrumenten zu ermöglichen, sofern sie corona-bedingt in eine unverschuldete Krise geraten sind. Die Möglichkeit einer weiteren Aussetzung der Insolvenzantragspflicht über den 30. September 2020 hinweg schafft hingegen weder neue wirtschaftliche Perspektiven noch ein taugliches Sanierungsinstrument. Im Gegenteil: Das Risiko eines höheren Schadens für Schuldner wie auch Gläubiger steigt damit. Stattdessen muss für die besonders von Insolvenz bedrohten KMU (EU-Definition) Finanzierungshilfe geschaffen werden: Ein Verfahren ist die Investition privater Anleger in das haftende Eigenkapital von KMU, bei der ein Teil der Investitionssumme von der Steuerschuld des Investors abgezogen und damit finanziert wird. Die Beteiligung muss mindestens fünf Jahre gehalten werden, sonst erlischt die Steuervergünstigung. Ein anderes Verfahren ist die Hergabe von steuerbegünstigten Privatdarlehen, bei der die Verzinsung für den Kapitalgeber steuerbefreit wird.

- Menschen, die in die Arbeitslosigkeit geraten, brauchen Perspektiven und neue Chancen. Deswegen muss das Schonvermögen dringend erhöht werden. Denn es kann nicht sein, dass man durch das "Abrutschen" in Hartz IV alles, was man sich aufgebaut hat, verliert.
- Die Grenzschießungen haben bei vielen Unternehmen einen großen wirtschaftlichen Schaden verursacht. Zudem hat Deutschland viel Vertrauen bei den europäischen Nachbarn verloren. Weitere Grenzschießungen dürfen auch bei möglicherweise steigenden Infektionszahlen kein Mittel mehr sein. Die Freizügigkeit innerhalb Europas ist ein wichtiger Wert und auch wirtschaftlich für das Exportland Deutschland existenziell. Der freie grenzüberschreitende Waren- und Dienstleistungsverkehr mit den Nachbarländern muss daher ebenso gewährleistet sein wie der Personenverkehr.
- Wir begrüßen eine neue Präsenz- und Transparenzkultur in Unternehmen, die durch Corona verstärkt wurde, da sie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglicht, Doppelbelastungen durch Familie und Beruf auszugleichen. Wir setzen uns nach wie vor dafür ein, dass das deutsche Arbeitszeitgesetz modernisiert wird und endlich die Spielräume genutzt werden, die das europäische Recht bietet. Die Corona-Pandemie hat in vielen Unternehmen die Einführung von mobilem Arbeiten und Homeoffice angestoßen bzw. erheblich beschleunigt. Diese Entwicklung geschah in fast allen Fällen einvernehmlich zwischen Beschäftigten und Unternehmen. Gleichwohl bestehen für beide Seiten rechtliche Unsicherheiten und Bürokratie. Daher muss das Arbeitszeitgesetz wie beschrieben modernisiert und alle Beteiligten in diesen Fällen von bürokratischen Vorgaben der Arbeitsstättenverordnung entlastet werden. Zudem wollen wir im Zuge dessen ein Erörterungsrecht für die Beschäftigten nach niederländischem Vorbild einführen. Wir begrüßen es, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf individuelle Vereinbarungen setzen und Arbeitszeiten flexibilisieren, welche eine Steigerung des Stundenanteils trotz Familienarbeit erlauben (familienfreundliche Vollzeit).
- Wir setzen uns für einen Kulturwandel in Unternehmen ein, der die Vereinbarkeit von

Familie und Beruf für Männer und Frauen auf allen Ebenen ermöglicht. Ein gutes Talentmanagement von Anfang an, das auch familienbedingte Auszeiten berücksichtigt und honoriert soll ebenso dazu beitragen wie das Führen im Tandem. Für Mitglieder der höchsten Führungsriege wie den Vorstand sollen in begründeten Fällen wie Geburt, Elternzeit, Pflege von Angehörigen oder eigene Erkrankung zeitlich begrenzte Auszeiten durch Mandatsruhezeiten ermöglicht werden.

- Wer im Homeoffice arbeitet, kann nicht gleichzeitig Kinder betreuen oder beschulen. Deshalb müssen Kindertagesstätten und Schulen möglichst geöffnet bleiben. Bildung ist Kernaufgabe des Staates. Die Erfüllung dieser Kernaufgabe ist mit einer Bildungsgarantie sicherzustellen. Die Hygienekonzepte der Kitas und Schulen müssen entsprechend ausgestaltet sein. Bei einem Anspruch auf Notbetreuung darf dieser nicht unter Hinweis auf Homeoffice verwehrt werden, insbesondere Alleinerziehende müssen hier berücksichtigt werden. Im Übrigen ist die Kinderbetreuungsinfrastruktur auszubauen, um mehr Kindergarten-Plätze bzw. Plätze bei Tagesmüttern/-vätern mit flexibleren Öffnungszeiten sowie ein flächendeckendes Angebot der Ganztags- und Hortbetreuung an Schulen zu schaffen. Für Menschen, die im Schichtdienst arbeiten, soll Kinderbetreuung zu Hause staatlich unterstützt werden. Zudem wollen wir Betriebskindertagesstätten stärker fördern und dazu ein KfW-Programm für Unternehmen auflegen. Finanzielle Unterstützung von Unternehmen an ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für eine private Kinderbetreuung soll steuerlich absetzbar sein.
- Familien und Alleinerziehende wollen wir dadurch entlasten, dass wir die Kinderfreibeträge anheben und Betreuungskosten bis zum Höchstbetrag steuerlich voll absetzbar machen. Damit Eltern frei entscheiden können, wie sie Beruf und Familie miteinander vereinbaren, wollen wir flexible, zeitgemäße Modelle stärken. Wir fordern daher, die Steuerklassen III und V abzuschaffen, damit sich in der Steuerklasse IV die Abzugsbeträge beider Ehegatten stärker am jeweiligen Anteil am Bruttoarbeitslohn (Faktorverfahren) orientieren. Dies macht auch bei Lohnersatzleistungen wie Elterngeld oder Kurzarbeitergeld einen spürbaren Unterschied.

## **2. Weltbeste Bildungschancen als Grundlage für Aufstieg und Wohlstand garantieren**

Schon vor der Corona-Krise war das Bildungssystem in Deutschland nicht leistungs- und zukunftsfähig genug. Die Bildungsinvestitionen in Deutschland liegen im OECD-Vergleich unterhalb des Durchschnittes. Wir brauchen eine moderne Bildungspolitik, die viel mehr wettbewerbsgetriebene Spitzenleistung hervorbringt.

In Deutschland hängt Bildungserfolg noch immer maßgeblich vom Elternhaus ab. Die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss ist auf über 53.000 gestiegen. Das sind 6,8 Prozent eines jeden Jahrganges, die mit schlechteren Chancen in ihre Berufsleben starten. Das muss sich ändern. Jeder junge Mensch hat Chancen auf Aufstieg durch eigene Leistung verdient. Und überall in Deutschland versiegen täglich Talente, weil sie

nicht früh genug, intensiv genug oder zielgerichtet genug gefördert werden.

**Chancengerechtigkeit heißt, jedes Talent zu fördern und zur Entfaltung zu bringen.**

Die Corona-Pandemie hat Bildungschancen gerade dort zusätzlich verringert, wo Bildungsarmut bereits verbreitet war. Und sie hat ein Brennglas darauf gerichtet, wo Modernisierungs- und Reformprozesse über Jahre verschleppt wurden: Schulen und Kitas waren über Monate geschlossen. In zahlreichen Fällen wurden keinerlei digitale Alternativen angeboten, Lehrerinnen und Lehrer allein gelassen. Begrüßenswerte Eigeninitiative engagierter Lehrerinnen und Lehrer wurde teilweise sogar ausgebremst. Viele Bundesländer sind mit Öffnungsstrategien nicht vorangekommen, marode Schulgebäude erschweren nach wie vor die Umsetzung von Hygienekonzepten. Digitale Lehrmittel und Technologien fehlen. Das muss sich sofort ändern: **Wir brauchen einen Kraftakt für die Bildungspolitik für mehr Bildungschancen.**

- Wir Freie Demokraten fordern eine Unterrichtspflicht für den Staat. Auch eine Pandemie darf nie wieder dazu führen, dass Unterricht ersatzlos abgesagt, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer alleine gelassen, Kinder vernachlässigt werden. Kindern darf das Recht auf Bildung nie wieder vorenthalten werden. Wenn der Präsenzunterricht nicht stattfinden kann, muss digitales Lernen von Zuhause ohne Verzögerungen möglich sein.
- Die frühkindliche Bildung legt den Grundstein für einen erfolgreichen späteren Bildungs-, Berufs- und Lebensweg. Den wirkungsvollsten Beitrag zur Förderung aller Begabungen und Fähigkeiten unabhängig vom sozialen Hintergrund stellt frühkindliche Bildung dar. Wir Freie Demokraten fordern: Kindertageseinrichtungen müssen als erste Stufe der Bildungskette verankert und noch besser befähigt werden, qualitativ hochwertige Erziehungs-, Betreuungs-, und Bildungsarbeit leisten zu können. Dafür benötigen wir bundesweit einheitliche Qualitätsstandards für Kitas. Denn hier ist Deutschland noch nicht gut genug: Sozialer Hintergrund und Wohnort entscheiden noch zu häufig über Bildungschancen von Kindern. Auch frühkindliche Bildung ist daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sodass der Bund die Umsetzung unserer Ansprüche an Qualität und Standards finanziell unterstützen muss. Als erster Schritt sind dazu die befristeten zwei Milliarden Euro des „Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung“ zu entfristen.
- Als konkreten Baustein für Investitionen in Zukunftschancen und Qualität schlagen wir vor, das Bundesprogramm "SprachKitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist" fortzuführen und weiterzuentwickeln. Ein weiterer Schwerpunkt sollte auf die stärkere Vermittlung frühkindlicher Bildung durch musikalische und sportliche Angebote gelegt werden, da diese erheblich die Ausbildung von Fähigkeiten etwa zur Konzentration unterstützen und eine hervorragende Grundlage für weitere Kompetenzen sind. Auch die Vermittlung von naturwissenschaftlichen Phänomenen im Alltag oder mathematisch-technischen Zusammenhängen sollte eine wichtige Rolle spielen und Fachkräfte entsprechend aus- und weitergebildet werden, um Mädchen und Jungen

gleichermaßen an MINT-Themen heranzuführen, die in der Arbeitswelt von morgen eine bedeutende Rolle spielen werden.

- Wir wollen es für qualifizierte ausländische Erzieher und Erzieherinnen mit sehr guten Sprachkenntnissen attraktiver machen, nach Deutschland zu kommen. Hierfür braucht es ein einfaches Einwanderungsrecht ohne hohe bürokratische Hürden und eine unkomplizierte Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Zudem bedarf eine bessere Anerkennung der Erziehungsberufe auch eine leistungsgerechte Bezahlung.
- Eine Stärkung der frühkindlichen Bildung muss auch in der Ausbildung Niederschlag finden. Wir Freie Demokraten schlagen vor, dass die Ausbildung zur Fachkraft im Bereich der frühkindlichen Bildung bundesweit nicht nur schulgeldfrei erfolgt, sondern auch vergütet wird. Dies wertet das Berufsbild spürbar auf, indem es verbesserte Möglichkeiten schafft, eine solche Berufswahl auch während der Ausbildungszeit mit individuellen Lebensentwürfen vereinbaren zu können.
- Wir wollen das duale Ausbildungssystem, das weltweit einen hervorragenden Ruf genießt, stärken und die mit dem System verbundenen Potenziale freisetzen. Hierfür braucht es insbesondere eine verbesserte Durchlässigkeit sowie gesteigerte Investitionen, um attraktivere Rahmenbedingungen zu schaffen. Berufliche Schulen machen wir fit für die digitale Arbeitswelt mit einem Digitalpakt 2.0, der auch in Lehrerfortbildungen, IT-Kräfte und innovative Lernumgebungen investiert. Auslandsaufenthalte wollen wir mit einer Austauschagentur für die berufliche Bildung und internationalen Berufen erleichtern. Die über 2 Millionen jungen Un- und Angelernten unterstützen wir mit Einstiegs- und Teilqualifizierungen, flexibleren Ausbildungszeiten und einer verbesserten Anerkennung informell erworbener Kompetenzen auf ihrem Weg zu einem qualifizierten Berufsabschluss.
- Bildung ist das beste Konjunkturpaket! Wir Freie Demokraten fordern, dass Bund und Länder intensiver kooperieren und massiv in Schulen und Bildung investieren: Moderne Schulgebäude und Technik, Aus- und Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer, digitale Lehr- und Lernmethoden, Glasfasernetz und leistungsfähiges WLAN. Unser Anspruch ist, dass unsere Schulen die modernsten der Welt sind. Dafür müssen wir Weltspitze bei Bildungsinvestitionen Unser Ziel muss es sein, in die Top Fünf im OECD-Vergleich vorzurücken.
- Wir Freie Demokraten schlagen die Einführung eines Kinderchancengeldes. Dieses bündelt alle kindesbezogenen Leistungen wie Kindergeld, Wohngeld oder Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket und fußt auf drei Säulen: Einen Basisbetrag, einen einkommensabhängigen zusätzlichen Flexibetrag und das Chancenpaket für Bildung und Teilhabe.
- Digitale Bildung bietet enorme Chancen für individuelles Lernen. Nicht nur in Zeiten geschlossener Schulen oder reduzierter Klassengrößen ist digitale Bildung von großer Bedeutung für den Zugang zu Bildungschancen. Wir Freie Demokraten wollen, dass der

Digitalpakt radikal vereinfacht wird. Die Digitalpakt-Mittel müssen deutlich früher an den Schulen ankommen. Außerdem müssen wir schnellstmöglich mit einem Digitalpakt 2.0 einen Turbo für die Digitalisierung des Unterrichts zünden. Während das Smartphone bei Kindern und Jugendlichen zum Alltag gehört, herrscht in den Klassenzimmern oft noch Kreidezeit. Wir wollen unsere Schulen deshalb mit digitalen Klassenzimmern und individuellen Lernkonzepten in die Zukunft bringen. Dazu brauchen wir schnelles Internet in jedem Klassenzimmer. Um Bildung für jede und jeden überhaupt möglich zu machen, müssen Laptops oder Tablets als Lernmittel für wirtschaftlich benachteiligte Kinder nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens zur Verfügung gestellt werden. Gerade damit wird ein wichtiger Beitrag zur Chancengerechtigkeit geleistet. Lernräume mit Internet-Zugang müssen den Schülerinnen und Schülern auch außerhalb der Unterrichtszeiten zugänglich sein. Und wir benötigen eine moderne Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Lehrkräfte bundesweit.

- Wir Freie Demokraten wollen, dass Bildungserfolg nicht vom Elternhaus oder dem Wohnort abhängt. Dazu schlagen wir bundesweit die Einrichtung von Talentschulen vor, wie sie die schwarz-gelbe NRW-Koalition eingeführt hat. Im Rahmen des Projektes können Schulen an sozial benachteiligten Standorten zum Beispiel mit mehr Lehrkräften und Sozialarbeitern ausgestattet werden.
- Wir Freie Demokraten fordern auch weiterhin ein elternunabhängiges BAföG. Viele Studierende sind durch die Corona-Krise in finanzielle Bedrängnis geraten. Die von der Bundesregierung mit großer Verspätung bereit gestellten KfW-Kredite konnten keine Abhilfe schaffen. Die Höhe des BAföG muss regelmäßig an die veränderten Lebenshaltungskosten angepasst werden. Das Studium darf gerade in der Corona-Krise nicht am Einkommen der Studierenden scheitern.
- Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind wichtige Bausteine dafür, berufliche und persönliche Ziele zu erreichen. Wir Freie Demokraten schlagen ein zweites Bildungssystem für das ganze Leben mit gezielten Maßnahmen vor, die sich gegenseitig verstärken können: Mit der Einführung eines persönlichen Freiraum-Kontos, auf dem Beschäftigte mit Hilfe des Arbeitgebers und staatlichen Zuschüssen Geld für Weiterbildungen oder berufliche Umorientierung ansparen könnten. Und mit einem neuen "Midlife-BAföG", das Beschäftigten mit geringerem Einkommen Weiterqualifizierungen ermöglicht. Mit einer digitalen Bildungsarena werden die Bildungsangebote, vom Hochschulkurs bis zum E-Learning-Modul, übersichtlich gebündelt und erreichte Qualifikationen per Mausklick vergleichbar. Damit leisten wir auch einen Beitrag, die Grundlagen für eine Beschäftigung ohne Altersgrenzen zu schaffen. Weiter- und Ausbildungsformate sollen flexibler gestaltet werden und auch in Teilzeit sowie während der Elternzeit absolviert werden können.
- Bildungsbonus: Gerade in Zeiten der Rezession dürfen Weiterbildung und digitale Qualifizierungen nicht auf der Strecke bleiben. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbständige und Arbeitssuchende, die in ihre Qualifizierung und digitale

Kompetenzen investieren, erhalten einkommensunabhängig einen einmaligen Weiterbildungsbonus in Höhe von 250 Euro.

### 3. Chancen auf Aufstieg und Wohlstand für jeden Einzelnen verbessern

Perspektiven auf **Wohlstand für die eigene Familie, auf Absicherung für das Alter und auf gesellschaftlichen Aufstieg** treiben den Wunsch vieler Menschen nach Vorankommen durch eigene Leistung an. Keine staatliche Maßnahme kann diese Leistungsbereitschaft ersetzen. Deshalb brauchen wir wieder mehr Chancen auf Aufstieg und Wohlstand für jede und jeden Einzelnen.

Der Staat war finanziell gut auf die Corona-Pandemie vorbereitet. Diese Vorbereitung hat er jedoch zulasten der Bürgerinnen und Bürger und der Betriebe vorgenommen: In den zehn Jahren von 2010 bis 2019 sind die Steuereinnahmen in Deutschland von 530 Milliarden Euro um 266 Milliarden Euro auf 796 Milliarden Euro – also um 50 Prozent! – gestiegen. Die Nettolöhne der Beschäftigten sind im gleichen Zeitraum lediglich um gut 10 Prozent gestiegen – trotz sehr solider Tarifabschlüsse und Bruttolohnzuwächse.

Auch vielen Betrieben mangelt es vor dem Hintergrund der (im OECD-Vergleich) weltweit höchsten Steuer- und Abgabenlast an Eigenkapital. Dabei schützt Substanz vor Krisen. Und Wohlstandsperspektiven helfen, Krisen schnell zu überwinden.

- Wir Freie Demokraten fordern eine faire Einkommensteuer für die arbeitende Mitte. Gerade bei kleinen und mittleren Einkommen steigt die Steuerlast besonders schnell an. Daher wollen wir den Tarif "nach rechts verschieben". Dadurch greifen höhere Steuersätze erst später, also bei einem höheren Einkommen als heute. Der Spitzensteuersatz sollte zukünftig erst ab einem echten Spitzeneinkommen von 90.000 Euro gelten. Mit unserem Reformvorschlag wird zum Beispiel ein Ehepaar (eine Fachkraft bei einem Automobilzulieferer, 60.000 Euro Jahresgehalt und eine Erzieherin bzw. ein Erzieher, Jahresgehalt 40.000 Euro) mit zwei Kindern jährlich um 1.197 Euro entlastet. Sämtliche Freibeträge und Pauschalen in der Einkommensteuer sollten an die Inflations- und Einkommensentwicklung der letzten Jahre angepasst werden. Nach der einmaligen Anpassung sollten sowohl die Freibeträge als auch die Eckwerte des Steuertarifes in Zukunft regelmäßig und automatisch an die Einkommens- und Lohnentwicklung angepasst werden.
- Für viele Menschen sind eigene Wohnimmobilien das größte Lebensziel. Wir Freie Demokraten wollen die Rahmenbedingungen für den Erwerb von Wohneigentum so gestalten, dass Normalverdiener in der arbeitenden Mitte der Gesellschaft mehr Möglichkeiten und mehr Perspektiven haben. Wir wollen bei der Grunderwerbsteuer einen wiederauffüllbaren Freibetrag einführen, der für den Erwerb von selbstgenutzten Wohnimmobilien eingesetzt werden kann. Beim Verkauf wird der Freibetrag wieder aufgefüllt und steht für einen neuen Erwerb wieder zur Verfügung. Konkret soll es beim Erwerb selbst genutzter Immobilien eine flexible, wiederauffüllbare Entlastung von der Grunderwerbsteuer in Höhe von bis zu 17.500 Euro geben. Die Einführung der

Absetzbarkeit privater Schuldzinsen und einer Abschreibungsmöglichkeit für Selbstnutzer soll ein zusätzlicher Anreiz sein.

- Auch Aktien können einen viel größeren Beitrag zum Wohlstand und zur Zukunfts- und Altersvorsorge leisten als heute. Trotz der niedrigen Zinsen sind nur rund sieben Prozent der Deutschen Aktionäre, inklusive Fonds liegt die Quote bei 14 Prozent. In den Niederlanden, den USA oder Schweden liegt sie drei- bis fünfmal so hoch. Deshalb schlagen wir die Wiedereinführung der Spekulationsfrist mit einem Zeitraum von fünf Jahren vor, um einen Anreiz für langfristige Investitionen zu schaffen. Zudem sollte der Sparerfreibetrag erhöht werden.
- Wir Freie Demokraten möchten mehr Menschen zur Gründung von Unternehmen ermutigen. Insbesondere das Potenzial von Gründerinnen, die nur 15 Prozent der Start-ups gründen, wollen wir entfesseln. Um das Potenzial unter Gründerinnen und Gründern stärker auszuschöpfen und mehr Menschen zum Gründen zu bewegen, fordern wir, eine bürokratiefreie Gründungsphase für Unternehmen sowie eine unabhängige Beratungsstelle zu schaffen, Gründungen von einem Zwang zu Mehrfach-Kammerzugehörigkeit zu befreien, eine beitragsfreie Mitgliedschaft bei IHK und Handwerkskammern in den ersten zwei Jahren zu ermöglichen sowie Krankenkassenbeiträge von freiwillig gesetzlich versicherten Selbständigen anhand des tatsächlichen Einkommens zu bemessen. Darüber hinaus schlagen wir eine gesicherte Basisrente mit Anrechnung geleisteter Arbeitsjahre auch während der Selbständigkeit vor, um Gründerinnen und Gründern die Angst vor Altersarmut zu nehmen. Ein öffentlich-privater Venture Capital-Fonds soll insbesondere Gründerinnen, aber auch Gründern, beim Zugang zu und der Einwerbung von Wagniskapital unterstützen. Dabei legen wir besonderen Fokus auf die zweite, meist kapitalintensivere Finanzierungsrunde. Hier besteht in Deutschland besonderer Nachbesserungsbedarf. Um mehr Frauen zur Gründung von Unternehmen zu ermutigen, möchten wir frühzeitig Schülerinnen und Studentinnen für das Abenteuer Gründung begeistern und deshalb Entrepreneurship an die Schulen bringen sowie an Hochschulen Entrepreneurship Centres einrichten, die sich explizit an Studentinnen richten. Der Gründungszuschuss ist von einer vorhandenen Arbeitslosigkeit abzukoppeln. Insbesondere während bzw. nach der Familienphase soll sich die Gründerin oder der Gründer einmalig um eine Förderung in der Startphase bewerben können.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Gründerinnen und selbständige Unternehmerinnen, die privat versichert sind, bei den Regelungen zu Mutterschutz, Mutterschaftsgeld und Elterngeld mit gesetzlich versicherten Arbeitnehmerinnen gleichgestellt werden. Das Elterngeld kann auch zur Finanzierung privater Kinderbetreuung genutzt werden, wenn Unternehmerin ihrer beruflichen Tätigkeit wieder nachgeht. Damit werden finanzielle Nachteile für Gründerinnen und selbständige Unternehmerinnen in der Familienphase minimiert.

- Wir Freie Demokraten wollen, dass noch mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Mit-Eigentümer ihres Betriebes oder Unternehmens werden. Daher wollen wir die Mitarbeiterkapitalbeteiligung attraktiver gestalten und schlagen einen höheren Steuerfreibetrag vor: Dieser soll langfristig auf 5.000 Euro angehoben werden. Auf diese Weise fördern wir den persönlichen Vermögensaufbau und die Altersvorsorge – gerade in Zeiten niedriger Zinsen.
- Mit einer Erhöhung der Minijobgrenze und der schrittweisen Einführung des Liberalen Bürgergeldes fördern und verbessern wir das Vorankommen durch eigene Leistung. Die Minijobgrenze soll dynamisiert werden und fortan das 60-fache des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns betragen, also aktuell 561 Euro. Dadurch gewährleisten wir, dass auch Minijobber bei Erhöhungen des Mindestlohns profitieren, statt wie bisher ihre Arbeitszeit reduzieren zu müssen. Durch das Liberale Bürgergeld sollen die Hinzuverdienstgrenzen für Menschen im Hartz-IV-System leistungsgerechter ausgestaltet werden, damit sich Arbeit wirklich lohnt. Durch die schrittweise Bündelung steuerfinanzierter Sozialleistungen bauen wir zudem unnötige Bürokratie ab und schaffen so in den Jobcentern mehr Zeit für eine passgenaue Beratungs- und Vermittlungsarbeit. Durch diese Maßnahmen können wir 300.000 Menschen neu in Arbeit bringen. Auch Hinzuverdienstgrenzen von Rentnerinnen und Rentnern sollten wegfallen.